

die nach ihrer Meinung in den Westzonen nicht nur nicht vernichtet, sondern sogar mit Hilfe der die Westmächte beherrschenden Kräfte restauriert wurden.

Wer freilich die Vorstellungen von der objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus und damit die Imperialismustheorie für nicht haltbar hält, weil sie komplexe und komplizierte Sachverhalte allzu vereinfachend monokausal erklären, muß zu einem anderen Ergebnis kommen. Er kann es nur auf die historischen Tatsachen abstellen, daß die UdSSR die Verhältnisse in ganz Deutschland nach ihren Vorstellungen gestalten wollte und daß, nachdem sich deren Scheitern am Willen des deutschen Volkes in den Westzonen und später in der Bundesrepublik Deutschland herausstellte, die UdSSR und ihre deutschen Gefolgsleute in ihrer Besatzungszone die Verhältnisse dort nach ihrem Willen gestaltet haben.

Die Spaltung wurde vertieft durch andere Faktoren, vor allem durch die Gegensätze, die sich im Laufe der Zeit zwischen der UdSSR und den Westmächten allenthalben, also nicht nur in der Deutschland-Frage, auftraten. Ob sie hätte beseitigt werden können, wenn die Westmächte auf die Angebote der UdSSR in ihrer Note vom 10. 3. 1952 und auf der Berliner Viererkonferenz im Jahre 1954 eingegangen wären, ist eine umstrittene Frage. Die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland vertraten den Standpunkt, daß auch diese Angebote von freien Wahlen in ganz Deutschland zur Herstellung der deutschen Einheit und das Verlangen der UdSSR nach einem Friedensvertrag mit Deutschland durch deren Willen auf Gestaltung der Verhältnisse in ganz Deutschland in ihrem Sinne belastet waren, durch einen Willen, der auch die Verhinderung engerer Verbindungen der Bundesrepublik an die Westmächte einschloß. Sie glaubten deshalb, auf die Vorschläge der UdSSR nicht eingehen zu können.

III. Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gründung der DDR

Wenn die Ordnung, mit deren Errichtung in der SBZ bereits im Juni 1945 begonnen wurde, »antifaschistisch-demokratische Ordnung« genannt wird, obwohl sie im Sinne des Zwei-Revolutionen-Schemas äußere Formen einer bürgerlich-demokratischen Ordnung aufwies, so kommt in der Wahl der Bezeichnung zunächst zum Ausdruck, daß die neue Ordnung von Grund auf sich vom beseitigten nationalsozialistischen System unterscheiden sollte. Der Begriff »antifaschistisch-demokratische Ordnung« zeigt aber zugleich an, daß die neue Ordnung trotz gewisser äußerer Formen einen anderen Inhalt hatte als eine Ordnung, die die parlamentarische Demokratie für die Dauer erhalten wollte und sie dem entsprechend sicherte. Trotz ihrer parlamentarisch-demokratischen Züge trug sie bereits die Keime für die weitere Entwicklung in sich. Dazu gehörte, daß die Parteien unter Führung der KPD in einem Block vereinigt waren, dementsprechend eine gemeinsame Politik verfolgen mußten, und daß das Entstehen einer Opposition mit der Chance, politischen Einfluß zu nehmen oder sogar die Politik in eine andere Richtung zu lenken, unmöglich war. Dazu gehörte ferner, daß von vornherein auf rechtliche Sicherungen zur Erhaltung der geschaffenen Ordnung verzichtet wurde. Deutlicher wurde das freilich erst später, als es darum ging, in den Landesverfassungen durch Bildung geeigneter Institutionen die